

Top 20 der Schweizer Börse: Sieben Unternehmen sind politisch aktiv

Mindestens sieben der 20 Firmen im Swiss Market Index (SMI) sind politisch aktiv. Dies ergibt eine Umfrage, die ACTARES in diesem Jahr nach 2007 und 2010 zum dritten Mal durchführt. Die Transparenz bezüglich der Parteienfinanzierung hat deutlich zugenommen. Geht es um Beiträge an Wirtschafts- und Branchenverbände, zeigen sich die Unternehmen aber wesentlich zugeknöpfter.

ZUSAMMENFASSUNG

ACTARES befragte die 20 Firmen im Swiss Market Index (SMI), ob und in welchem Mass sie in den Jahren 2011 und 2012 politische Parteien oder Kandidaturen finanziell unterstützen. Im Gegensatz zu Umfragen in den Jahren 2007 und 2010 wollte ACTARES diesmal auch wissen, ob die Unternehmen zweckgebundene Beiträge an politische Kampagnen von Wirtschaftsverbänden oder Abstimmungskomitees leisteten.

Von den 20 angefragten Unternehmen haben drei überhaupt nicht geantwortet und zwei lassen sich nicht einordnen, weil sie unklar geantwortet haben. Von den übrigen 15 sind **sieben politisch aktiv** und **acht politisch abstinent**.

	Politisch aktiv	Spenden				Richtlinien	
		Parteien	Wahlen	Komitees	Verbände	Gibts	Öffentlich
ABB	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein
Adecco	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	—
Credit Suisse	Ja	Ja	Ja	—	—	Ja	Ja
Geberit	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein
Givaudan	Unklar	Nein	—	—	—	—	—
Holcim	Ja	—	—	—	—	—	—
Julius Bär	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
Nestlé	Ja	Ja	Nein	Nein	—	Ja	Ja
Roche	Ja	Ja	—	—	—	Ja	Nein
SGS	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja
Swatch Group	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	—	—
Swiss Re	Ja	—	—	—	—	Ja	—
Swisscom	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein
Syngenta	Unklar	Nein	Nein	—	—	Ja	Ja
Transocean	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja
UBS	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein
Zurich IG	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	—

- Die Antworten beruhen auf den Angaben der Unternehmen.
- Ein Strich (—) bedeutet „keine spezifische oder eine unklare Antwort“.
- Als politische Spenden an Verbände zählen nur zweckgebundene Beiträge für politische Kampagnen, aber nicht Mitgliedsgebühren.
- Der vollständige Fragebogen findet sich im Anhang.

ANALYSE

Politisch aktive Unternehmen spenden bis zu einer Million Franken an politische Parteien.

Credit Suisse und **UBS** haben im Jahr 2012 einen Schritt hin zu mehr Transparenz gemacht und klare Kriterien, Gesamtbeträge und Verteilschlüssel für finanzielle Zuwendungen an politische Parteien veröffentlicht.

Credit Suisse bietet seit dem Jahr 2012 allen Parteien, die im Bundesparlament Fraktionsstärke haben, finanzielle Unterstützung an, unabhängig von politischen Positionen. Pro Jahr werden eine Million Franken auf die Parteien aufgeteilt, die sich um Unterstützung bewerben. Die Höhe der Beiträge richtet sich nach der Anzahl Parlamentssitze auf Kantons- und Bundesebene. Welche Parteien im Jahr 2012 Unterstützung erhielten, gibt Credit Suisse nicht bekannt.

UBS stellte 2012 ebenfalls eine Million Franken zur Verfügung – für Parteien mit mindestens Fraktionsstärke auf Bundesebene oder Einsitz in Kantonsregierungen. Im Gegensatz zu Credit Suisse hat UBS jedoch auch politische Kriterien: Sie fordert ein „eindeutiges“ Bekenntnis zu „Wettbewerb und Marktwirtschaft“. Profitiert haben im Jahr 2012: die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP), die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP), FDP.Die Liberalen, die Grünliberale Partei (GLP) und die Schweizerische Volkspartei (SVP).

Beide Banken unterstützten Kandidaturen von Angestellten anlässlich der nationalen Parlamentswahlen 2011 mit – wie sie sagen – „bescheidenen“ Beiträgen, unabhängig von Parteizugehörigkeit.

Weniger klar kommunizieren Credit Suisse und UBS ihre Zuwendungen an Verbände und Abstimmungskomitees: Beide verweisen auf ihre Unterstützung von Economiesuisse und anderen Verbänden. Unklar bleibt aber, ob ihre finanziellen Beiträge sich auf Mitgliedschaftsgebühren beschränken oder auch Beiträge an politische Kampagnen miteinschliessen.

Julius Bär, die dritte Bank im SMI, bezahlt keine Pauschalbeiträge an politische Parteien oder individuelle Kandidaturen, unterstützt aber „überparteiliche Anlässe und Aktionen von bürgerlichen Parteien“ sowie „Abstimmungskampagnen von Interesseorganisationen“. Von allen angefragten Unternehmen gab Julius Bär bei Weitem am detailliertesten Auskunft.

In den Jahren 2011 und 2012 unterstützte Julius Bär Abstimmungskomitees und politische Kampagnen mit insgesamt 231'500 Franken. Zu einem beträchtlichen Teil betraf dies politische Geschäfte im Kanton Zürich, wo die Bank ihren Sitz hat: Zürcher „Parkplatzstreit“, Ausbau des Flughafens Zürich und Steuergesetzrevision im Kanton Zürich. Daneben unterstützte Julius Bär aber auch die FDP Zürich und die FDP Schweiz mit je 25'000 Franken in deren Kampagnen zu den bilateralen Verträgen. Economiesuisse erhielt 100'000 Franken für die Kampagne gegen die Minder-Initiative.

Swiss Re „gewährt finanzielle Unterstützung an Organisationen, welche die wirtschaftspolitischen Interessen der Versicherungswirtschaft im Allgemeinen und von Swiss Re im Besonderen vertreten“. Dazu unterstützt Swiss Re Bemühungen für „ein attraktives und qualitativ hochstehen-

des Bildungswesen, gute internationale Verkehrsverbindungen, offene Arbeitsmärkte oder attraktive Standortbestimmungen“. Die Identität der Adressaten oder die Höhe der Beiträge werden von Swiss Re nicht offengelegt.

Die politischen Zuwendungen von **Holcim** betragen weltweit 151'304 Franken im Jahr 2011 und 361'500 Franken im Jahr 2012 – diese Zahlen werden im Jahresbericht aufgeführt. Zu politischen Zuwendungen in der Schweiz heisst es auf Anfrage nur, dass es sich im Jahr 2012 um einen „tiefen fünfstelligen Betrag“ handelte. Die Unterschiede von Jahr zu Jahr hängen laut Holcim davon ab, ob in einem Jahr Wahlen oder andere „relevante politische Prozesse“ stattfinden. Wirtschaftsverbände wurden mit einem „tiefen sechsstelligen Betrag“ bedacht, es ist jedoch nicht klar, ob es sich hier um Mitgliedergebühren oder Beiträge an Kampagnen handelte.

Nestlé gibt an, in den Jahren 2011 und 2012 Beiträge („maximal im fünfstelligen Bereich“) getätigt zu haben an Parteien, die sich „für eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung“ einsetzen. Die Firma unterstützte keine einzelnen Kandidaturen oder Abstimmungskomitees. Sie behält sich aber vor, „in Ausnahmefällen“ Kampagnen von Wirtschaftsverbänden zu unterstützen.

Roche hat im Jahr 2011 8 Millionen Franken und im Jahr 2012 7 Millionen Franken zur „Wahrung ihrer Interessen“ ausgegeben. Das schliesst Beiträge sowohl an Wirtschafts- und Branchenverbände wie auch an politische Parteien mit ein. Die Beiträge an politische Parteien insgesamt betragen laut Roche in beiden Jahren „weniger als 4%“ der genannten Ausgaben und die unterstützten Parteien erhalten jeweils einen Betrag im „niedrigen fünfstelligen Bereich“.

Seit 2007: Transparenz bezüglich Parteienfinanzierung verbessert, Finanzierung von Verbandskampagnen bleibt im Dunkeln.

ACTARES befragte bereits 2007 und 2010 die SMI-Unternehmen zur Finanzierung politischer Parteien. (Nach der Finanzierung von Abstimmungskomitees und Verbänden wurde damals noch nicht gefragt.) Die Anzahl der Unternehmen, die angeben, politische Parteien nicht zu unterstützen, blieb stabil: sowohl in den zwei vergangenen Studien als auch für das Jahr 2012 waren es jeweils acht.

Das Verhalten der 15 Unternehmen, die zum Zeitpunkt aller drei Umfragen im SMI aufgeführt waren, ist mehrheitlich stabil. Nur zwei davon (Credit Suisse und Zurich Insurance Group) befanden sich über die drei Umfragen hinweg mal bei den Spendern, mal bei den politisch Abstinentern.

Die Höhe der Beiträge ist gestiegen: 2007 und 2010 gab kein Unternehmen an, mehr als insgesamt 100'000 Franken an politische Parteien in der Schweiz zu spenden (2007 nannte allerdings kaum ein Unternehmen Zahlen). In der aktuellen Umfrage melden zwei Unternehmen deutlich höhere Beträge: Credit Suisse und UBS stellen je eine Million Franken pro Jahr für politische Parteien zur Verfügung. Die anderen Spender geben nach wie vor weniger als 100'000 Franken an politische Parteien. Nestlé und Roche bezahlen tiefe fünfstellige Beträge an einzelne Parteien. Holcim gibt einen tiefen fünfstelligen Betrag aus für politische Zuwendungen in der Schweiz insgesamt – wobei nicht vollkommen klar ist, ob dies Parteien miteinschliesst. Von den übrigen zwei politisch aktiven Unternehmen gibt Swiss Re keine Details bekannt und Julius Bär spendet nur für Kampagnen, nicht pauschal an Parteien.

Im Vergleich der drei Umfragen 2007, 2010 und 2013 lässt sich ein erfreulicher Trend zu mehr Transparenz feststellen. Bezüglich der Finanzierung von Parteien sind noch zwei von sieben politisch aktiven Unternehmen (Holcim und Swiss Re) sehr vage, während die übrigen fünf relativ offen kommunizieren – die Banken (Credit Suisse, Julius Bär und UBS) tun sich dabei besonders hervor. Die Pharmabranche ist im Gegensatz dazu weniger auskunftsfreudig: Nur Roche hat überhaupt geantwortet.

Bezüglich der Finanzierung von Kampagnen der Verbände sind die Unternehmen weniger offen: Während auf die Frage nach der Finanzierung von politischen Parteien nur zwei von 17 antwortenden Unternehmen unklare Antworten gaben, waren es bei der Frage nach zweckgebundenen Spenden für Verbandskampagnen sieben Unternehmen. Nur ein Unternehmen, Julius Bär, bekennt sich explizit zur Unterstützung einer Verbandskampagne. Die Tatsache, dass der Beitrag von Julius Bär an die Anti-Minder-Kampagne von Economiesuisse (100'000 Franken) höher ist als die „tiefen fünfstelligen Beträge“, die Parteien gewöhnlich von Unternehmen erhalten, könnte darauf hindeuten, dass die zweckgebundenen Beiträge an Kampagnen im politischen Engagement von Unternehmen eine grössere Rolle spielen als Pauschal Spenden an Parteien.

Die Zustimmung zu einer Offenlegungspflicht (siehe Fragebogen im Anhang; nicht in der Übersichtstabelle aufgeführt) ist derzeit äusserst gering. Von den 20 SMI-Unternehmen spricht sich nur ein Unternehmen, SGS, dafür aus – unter der Bedingung, dass dies für *alle* Spender und Empfänger von politischen Zuwendungen gelte.

ACTARES FORDERT EINBINDUNG DES AKTIONARIATS

ACTARES ist sich bewusst, dass das Thema „politische Spenden“ weitläufig ist. Kommt dazu, dass in der Berichterstattung von Unternehmen die Grenze zwischen politischen und anderen Spenden, zum Beispiel philanthropischer Natur, oft fliessend ist. In der Schweiz gab es in den letzten Jahren einige – auf nationalem Niveau bis jetzt erfolglose – Versuche, das Problem von der anderen Seite her anzupacken und politische Parteien zur Offenlegung ihrer Spendeneinnahmen zu verpflichten. Dies geschah sowohl über Vorstösse im Parlament wie auch über Unterschriftensammlungen für Volksinitiativen. Auch über eine staatliche Parteienförderung anstelle von privaten Spenden wurde schon nachgedacht.

Als Vereinigung von Aktionärinnen und Aktionären steht ACTARES Vorschlägen zu einer generellen Regelung der Finanzierung politischer Parteien neutral gegenüber. Im Zentrum des Interesses von ACTARES stehen die Spenden von börsenkotierten Unternehmen an politische Akteure. Dieses Interesse ergibt sich direkt aus dem Verhältnis von Aktionariat und Unternehmen: Das Aktionariat ist Eigentümer, Geschäftsleitung und Verwaltungsrat müssen letztendlich im Sinne des Aktionariats handeln – sonst kommt es zu untragbaren Interessenskonflikten. Das beste Beispiel dafür ist die kürzlich vom Schweizer Volk angenommene Initiative „Gegen die Abzockerei“ von Ständerat Thomas Minder, welche die Rechte des Aktionariats stärkt. Die Kampagne gegen die Initiative haben verschiedene börsenkotierte Unternehmen mitfinanziert, ohne eine formelle Konsultation ihres Aktionariats. Es lässt sich darüber streiten, ob sie damit in dessen Interesse gehandelt haben.

Solche Interessenskonflikte wären durch politische Abstinenz einfach zu vermeiden. ACTARES möchte Unternehmen aber nicht grundsätzlich davon abhalten, ihre Standpunkte in den politischen Prozess einzubringen.

Unabdingbar ist aber eine erhöhte Transparenz und eine bessere Einbindung des Aktionariats in den Entscheidungsprozess über politische Spenden. Konkret könnte dies heissen:

- Detaillierte Richtlinien zu politischen Spenden, die dem Aktionariat zu konsultativen oder bindenden Abstimmungen vorgelegt werden.
- Budgets für politische Spenden, die dem Aktionariat zur konsultativen oder bindenden Abstimmung vorgelegt werden.
- Eine detaillierte nachträgliche Offenlegung von Adressaten und Beträgen, so dass das Aktionariat in Kenntnis der Fakten Fragen stellen und künftige Entscheide treffen kann.

ACTARES wurde im Jahr 2000 als nicht gewinnorientierte Organisation gegründet. Die heute gut 1'300 Mitglieder wollen ihre Aktionärsrechte aktiv wahrnehmen und sich bei in der Schweiz börsenkotierten Aktiengesellschaften für eine verantwortungsvolle Unternehmenspolitik einsetzen, die mit Geld, Menschen und Umwelt achtsam umgeht. ACTARES sucht den Dialog mit diesen Unternehmen – im schriftlichen Kontakt, im direkten Gespräch oder mit Auftritten an Generalversammlungen. Mitglieder können ihre Aktienstimmen an ACTARES delegieren.

ANHANG: FRAGEBOGEN

Spenden an Parteien

- 1 Hat FIRMA in den Jahren 2011 und 2012 an politische Parteien gespendet?
- 2 An welche?
- 3 Welche Beträge?

Spenden an Personen, die für ein nationales politisches Amt kandidiert haben

- 4 Hat FIRMA in den Jahren 2011 und 2012 an Kandidierende gespendet? *
- 5 An welche?
- 6 Welche Beträge?

* Ausgenommen Zeitspenden an politisch aktive Angestellte. Von Interesse sind hier nur Geldspenden (diese aber auch wenn sie an Angestellte gingen).

Spenden an Abstimmungskomitees

- 7 Hat FIRMA in den Jahren 2011 und 2012 an Abstimmungskomitees gespendet?
- 8 An welche?
- 9 Welche Beträge?

Zweckgebundene Spenden an Verbände für die Realisierung politischer Kampagnen

- 10 Hat FIRMA in den Jahren 2011 und 2012 an Verbände gespendet?
- 11 An welche? Für welche Kampagnen?
- 12 Welche Beträge?

Richtlinien

- 13 Gibt es bei FIRMA interne Richtlinien bezüglich Zuwendungen an politische Akteure?
- 14 Wenn ja, sind diese Richtlinien öffentlich zugänglich?

Offenlegung

- 15 Würde FIRMA es begrüßen oder nicht, wenn Unternehmen verpflichtet wären, ihre Zuwendungen an politische Akteure offenzulegen? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Bemerkungen

- 16